

Datum: 14.09.2011

NEUE LUZERNER ZEITUNG



EV/UP ERDÖL-VEREINIGUNG
UNION PÉTROLIÈRE

Neue Luzerner Zeitung AG
6002 Luzern
041/ 429 51 51
www.luzernerzeitung.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 81'451
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 719.10
Abo-Nr.: 1077515
Seite: 5
Fläche: 46'632 mm²

Nationalrat stellt sich gegen Benzinabgabe



CVP-Bundesrätin Doris Leuthard hatte gestern im Nationalrat einen schweren Stand.

Keystone/Peter Schneider



Neue Luzerner Zeitung AG
6002 Luzern
041/ 429 51 51
www.luzernerzeitung.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 81'451
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 719.10
Abo-Nr.: 1077515
Seite: 5
Fläche: 46'632 mm²

KLIMAWANDEL Um die Klimapolitik zu retten, verzichtet die Linke auf die von ihr gewünschte Treibstoffabgabe. Gaskraftwerke bleiben Option.

HANSPETER GUGGENBÜHL, BERN

Eine CO₂-Abgabe auf Treibstoffen lehnte der Nationalrat schon vor einem Jahr ab, als er die Vorlage zur Revision des CO₂-Gesetzes erstmals behandelte. Doch der Ständerat befürwortete im März die umstrittene Spritabgabe. Diese Abgabe sei nötig, damit die Schweiz ihr klimapolitisches Ziel erreichen könne. Diese Ansicht bekräftigte neben der Ständeratsmehrheit auch Bundesrätin Doris Leuthard. Eine rotgrün-christliche Minderheit beantragte darum dem Nationalrat, dem Ständerat zu folgen und die Treibstoffabgabe im revidierten CO₂-Gesetz zu verankern.

Taktischer Rückzieher

Die Minderheiten, die eine Spritabgabe beantragten, zogen ihre Anträge gestern jedoch unisono zurück. Die Befürworter der Treibstoffabgabe befürchteten, FDP- und SVP-Mitglieder könnten den Anträgen mit Stimmenthaltung zu einer taktischen Mehrheit verhelfen, um das Gesetz danach umso wirksamer bekämpfen zu können. Denn die Fraktionen von FDP und SVP lehnen das revidierte CO₂-Gesetz als Ganzes ab. Ihr Hauptgrund: Das von beiden Parlamentskammern beschlossene Ziel des Gesetzes, wonach die Schweiz bis zum Jahr 2020 ihre Treibhausgase allein im Inland um 20 Prozent senken muss. Das geht FDP und SVP zu weit. Aus dem gleichen Grund haben auch der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse und der Gewerbeverband das Referendum angekündigt. Falls die vom Ständerat beschlossene Benzinabgabe im Gesetz verbleibt, wird auch der TCS das Referendum ergreifen.

Die Taktik, eine Vorlage zu verschärfen, damit man sie leichter bekämpfen kann, ist nicht neu. Das wissen auch Linke und Grüne: «Um dieses taktische Spiel zu unterbinden», sagte der Basler SP-Nationalrat Beat Jans, ziehe er sei-

nen Minderheitsantrag zu Gunsten einer Treibstoffabgabe «schweren Herzens» zurück. Das Gleiche taten auch die Berner Grüne Franziska Teuscher und der Bündner CVP-Mann Sep Cathomas.

Auf diese Gegentaktik von links reagierten Vertreter der FDP verärgert: «Es ist keine ehrliche Politik», sagte der Zürcher FDP-Nationalrat Filippo Leutenegger, wenn der Nationalrat einerseits am «starren Inlandsziel» festhalte, andererseits aber auf die «zur Zielerreichung notwendige Massnahme» verzichte. Der Berner FDP-Mann Christian Wasserfallen höhnte nach der Debatte: «Die Linken und Grünen haben kalte Füsse bekommen.» Umweltministerin Doris Leuthard kündigte an, wenn auf die CO₂-Abgabe auf Treibstoffen verzichtet werde, müsse die bestehende CO₂-Abgabe auf Brennstoffen erhöht werden.

Referendum unwahrscheinlicher

Der grüne Verzicht auf die Benzinabgabe, dem der Ständerat nächste Woche folgen dürfte, nimmt dem angekündigten Referendum gegen das CO₂-Gesetz zweifellos viel Wind aus den Segeln. Das bestätigte in der Debatte auch der Luzerner CVP-Nationalrat Ruedi Lustenberger: «Wenn die Treibstoffabgabe weg ist, ist das Referendum gegen das CO₂-Gesetz nicht mehr zu gewinnen.» Den Referendumswilligen gab er den Rat: «Investieren Sie die 10 Millionen Franken, die sie allenfalls für die Abstimmungspropaganda ausgeben wollen, besser in den Bau eines Wasserkraftwerks.»

Zusätzlich geschwächt wird der Widerstand durch einen Antrag Lustenbergers: Dieser begrenzt den vorgesehenen Kompensationsaufschlag (Klimarappen) auf Treibstoffe auf 5 Rappen pro Liter Benzin. Damit wird das Argument entkräftet, dies könnte das Benzin um bis zu 50 Rappen verteuern.

Ein Streitpunkt betrifft auch die Regelung für Gaskraftwerke. Der Nationalrat ist dafür, dass diese bis zu 50 Prozent ihrer CO₂-Emissionen im Ausland kompensieren dürfen. Der Ständerat will, dass sie zu 70 Prozent im Inland erfolgt.